

I.4. Bürger:innenbeteiligung und der politische Entscheidungsfindungsprozess: Eine demokratietheoretische Annäherung

Janina Walkenhorst

Bürger:innenbeteiligungsformate liegen im Trend. Egal ob auf nationaler oder lokaler Ebene – überall entstehen neue Formate der Bürger:innenbeteiligung im Kontext gesellschaftspolitisch relevanter Themen, wie z.B. Verkehrspolitik, Ernährung, Abtreibung oder Klimapolitik. Bei diesen neuen Bürger:innenbeteiligungsverfahren ist vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, der Bürgerrat im Trend: eine Form der Beteiligung, bei der – meistens geloste – Bürger:innen in mehreren Diskussions- und Deliberationsprozessen Empfehlungen für die Politik zu einem bestimmten Thema formulieren (Elstub & Escobar, 2019). Auch die Akteure, die mehr Bürger:innenbeteiligung fordern, kommen aus ganz unterschiedlichen politischen Richtungen: Von der Letzten Generation, die den Gesellschaftsrat fordert, über den französischen Präsidenten Emmanuel Macron (*Convention citoyenne pour le climat*, 2023) bis hin zum Deutschen Bundestag, der im September 2023 den ersten Bürgerrat zum Thema Ernährung einsetzte (Deutscher Bundestag, 2023).

Wenn in diesem Kapitel von Bürger:innenbeteiligung gesprochen wird, dann als ein weit gefasster Oberbegriff für eine ganze Reihe von Formaten, bei denen Bürger:innen in irgendeiner Form politisch beteiligt werden. Bürgerbeteiligung umfasst demnach verschiedene Mechanismen, die darauf abzielen, die Beteiligung der Bürger:innen am politischen Entscheidungsprozess zu erweitern (Nanz & Fritsche, 2012; Smith, 2009; Geißel, 2009). Die hier verwendete Definition grenzt sich dabei explizit von Formaten wie Co-Design oder Co-Production¹ ab, die auf individueller Ebene das Ziel haben, Betroffene bzw. Stakeholdergruppen an der Produktion der von ihnen in Anspruch genommenen Dienstleistungen teilhaben zu lassen und der Gruppe damit ggf. zu einem persönlichen Nutzen zu verhelfen (Sorrentino et al., 2018: 280f.). Diese nutzerzentrierten

1 Co-Production ist als Konzept sehr umstritten. Je nach Verständnis kann Co-Production auch für die gemeinsame politische Entscheidungsfindung verwendet werden. Je nach Auffassung steht also entweder ein Produktdesign oder die Entwicklung von Maßnahmen im Vordergrund (Sorrentino et al., 2018).

Formate sind häufig auch erst in der Implementierungsphase angesetzt, wenn es um die Ausgestaltung einer bestimmten Leistung oder eines Produktes geht (ebd.). Die in diesem Beitrag diskutierten Formate setzen früher an, wenn es darum geht, gemeinsam mit Bürger:innen den politischen Entscheidungsfindungsprozess entscheidend zu beeinflussen, indem in Beteiligungsformaten politische Maßnahmen erarbeitet werden.

Entsprechende Beteiligungsformate reichen von rein konsultativen Formaten bis hin zu stärker politikintegrierten, kollaborativen Beteiligungsformen (Arnstein, 1969; Smith, 2009; Fung, 2006, 2015; Setälä, 2021). Diese breite Definition von Bürger:innenbeteiligung umfasst sowohl partizipative als auch deliberative Formate.² Dazu gehören Diskursformate wie Bürgerversammlungen, deliberative Umfragen sowie beratende Workshops und Diskussionsforen. Ihr gemeinsamer Nenner ist, dass sie alle Versuche darstellen, die Bürger:innenbeteiligung im politischen Entscheidungsfindungsprozess zu fördern und dabei, wie die empirische Forschung zeigt, zumeist von Regierungsorganisationen und eher selten von Bottom-up-Initiativen initiiert werden (Elstub & Escobar, 2019).³

Doch was sind eigentlich die normativen Ziele von Bürger:innenbeteiligung? In der Forschungsliteratur lassen sich vor allem zwei normative Ziele ausmachen: Demnach soll Bürger:innenbeteiligung erstens die demokratische Legitimität erhöhen und zweitens zu einer effektiveren Politikgestaltung führen (Nanz & Fritzsche, 2012; Newig et al., 2012; Renn, 2020, 2021; Vetter, 2022; Geißel, 2008, 2009; Fiorino, 1990; Fung, 2006). Unter diesen beiden Aspekten wird häufig auch der Begriff der (sozialen) Akzeptanz subsumiert, da soziale Akzeptanz in der Regel in der Forschungsliteratur aus rein instrumentellen Gründen geschätzt wird – entweder wegen ihrer legitimitätssteigernden Wirkung oder weil sie die Umsetzung von politischen Entscheidungen erleichtert (Renn, 2020; Newig et al., 2012; Vetter et al., 2015; Vetter, 2022).⁴ Soziale Akzeptanz scheint mithin kein separater normativer Nutzen von Legitimität oder Effektivität zu sein. Doch nur selten wird hinterfragt, was genau diese teils konkurrierenden und teils sich auch widersprechenden Konzepte bedeuten. Dieser Beitrag widmet sich deshalb der Frage, welche normativen Ziele Bürger:innenbeteiligung über den Prozess der eigentlichen Partizipation hinaus verfolgen sollte und unter welchen Bedingungen diese Ziele wirklich erreicht werden können. Neben einer Spezifizierung, was genau unter den jeweiligen

2 Das Verhältnis zwischen partizipativen und deliberativen Ansätzen ist umstritten. Während einige Autoren argumentieren, dass Deliberation eine Weiterentwicklung von partizipativen Ansätzen ist (z.B. Della Porta, 2013), gibt es andere, die darauf verweisen, dass das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Ansätzen besteht und diese nicht gleichzeitig umgesetzt werden können (z.B. Lafont, 2015; Fishkin, 2009; Pateman, 2012; Elstub, 2018).

3 In der Forschungsliteratur gibt es einen weiteren Begriff für Bürgerbeteiligungsformate: demokratische Innovationen. Abgesehen davon, dass deliberative Mini-Publics und zufällig ausgewählte Bürgergremien kaum als »innovativ« gelten können, wenn man bedenkt, dass es sie schon seit mehr als 2000 Jahren gibt, sagt die Rede von Innovationen noch wenig über die tatsächlichen Merkmale dieser Formate aus. Daher wird der Begriff der demokratischen Innovation in diesem Beitrag nicht verwendet, auch wenn er Erkenntnisse aus der Literatur, die ihn verwendet, mit einbezieht.

4 Z.B. wenn es um die Installation erneuerbare Energien vor Ort geht. Für mehr Information s. auch Kamlage et al. (2018) und Wüstenhagen et al. (2007).

Perspektiven verstanden wird (oder verstanden werden kann), soll dabei auch das Spannungsverhältnis zwischen den Ansprüchen an Bürger:innenbeteiligung, Legitimität und Effektivität näher beleuchtet werden.

Bürger:innenbeteiligung und demokratische Legitimität

Eines der Hauptargumente für mehr Bürger:innenbeteiligung ist, dass sie die demokratische Legitimität erhöht (z.B. Nanz & Fritzsche, 2012; Geißel, 2008, 2009). Im Folgenden werden vier unterschiedliche Ansätze demokratischer Legitimität im Zusammenhang mit Bürger:innenbeteiligung unterschieden.

Repräsentative Legitimität

Einem ersten, plebiszitär-repräsentativen Verständnis zufolge, steht demokratische Legitimität in direktem Zusammenhang mit einer angemessenen Repräsentation der Bürgerschaft und ihrer Ansichten sowie einer angemessenen Reaktion auf die Präferenzen und Einstellungen der Bürger:innen (Nanz & Fritzsche 2012; Hogg et al., 2012). In einer Zeit, in der die liberal-repräsentative Demokratie vielerorts in der Krise steckt (z.B. Decker, 2021; Schäfer & Zürn, 2021), wird der Bürgerbeteiligung regelmäßig das Verdienst zugeschrieben, den Problemen der klassischen repräsentativen Demokratie entgegenzuwirken, indem eine enge Parteipolitik vermieden wird und Beteiligungsformate repräsentativer und inklusiver (z.B. Setälä, 2021; Landemore, 2020; Decker, 2021, Nanz & Fritzsche, 2012) ausgestaltet werden als dies bei traditionellen politischen Gremien der Fall ist.

Im Hinblick auf Repräsentation lassen sich in Theorie und Praxis von Bürger:innenbeteiligungsgremien mindestens drei verschiedene Ansätze (s. auch Fung, 2006) unterscheiden: erstens die statistische Repräsentativität (Fishkin, 2009), zweitens eine gruppen- oder quotenbasierte Auswahl der Teilnehmer:innen (z.B. Benson, 2021), um die wichtigsten Interessen- und/oder Gesellschaftsgruppen widerzuspiegeln, und drittens eine Konzentration auf die schwächsten oder am stärksten betroffenen Mitglieder einer Gesellschaft.

Der erste Ansatz zielt darauf ab, möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft mit ihren besonderen Präferenzen und Interessen zu repräsentieren oder zumindest eine Repräsentation anzustreben, die die betroffene Bevölkerung adäquat »widerspiegelt« (Fishkin, 2009). Eine wirklich repräsentative Gruppe von Bürgern zu erreichen, ist jedoch kaum möglich, da Bürgerbeteiligungsformate auf lokaler Ebene in der Regel nur einen begrenzten Umfang haben (beispielsweise aufgrund von Ressourcen wie Geld und Zeit). Deshalb ist die Zahl der Teilnehmer:innen oft begrenzt. Um eine wirklich inklusive und repräsentative Gruppe auszuwählen, wäre es meist notwendig, die Teilnehmerzahl deutlich zu erhöhen (größeres N). Ein zweiter Ansatz ist die Verwendung spezifischer Selektionsquoten (z.B. Benson, 2021), um sicherzustellen, dass schutzbedürftige und marginalisierte Gruppen nicht außen vor gelassen werden und dass die relevanten sozialen Gruppen angemessen vertreten sind. Die häufig verwendeten und bekannten Quoten wie Geschlecht und Alter reichen hier jedoch nicht aus, um sicherzustellen, dass zumin-

dest ein gewisses Maß an Diversität, Bildungs- und kulturellem Hintergrund berücksichtigt wird. Ein dritter Ansatz ist die Forderung, dass die besonders betroffenen oder gefährdeten Bürger stärker einbezogen werden sollten. Hierbei stellt sich die Frage, wer diese Gruppe besonders betroffener oder gefährdeter Menschen ist. Sobald die Gruppen identifiziert sind (z.B. die jüngere Generation, Randgruppen, Migranten usw.), werden sie themenabhängig gezielt überrepräsentiert, da man davon ausgeht, dass ihre Stimmen in der Mainstream-Politik selten gehört werden und dass ihre Interessen als Betroffene am wichtigsten sind.

Ein wichtiger Punkt bei praktisch allen Beteiligungsformaten ist die Bereitschaft zur Teilnahme. Mini-Öffentlichkeiten und Bürgerversammlungen haben ein großes Problem mit der Selbstselektion, was einer der Gründe ist, warum viele Programme finanzielle Anreize, kostenlose Kinderbetreuung oder andere Vergünstigungen anbieten, um eine repräsentative Beteiligung zu fördern. Doch selbst mit diesen Maßnahmen sind die meisten Formate nicht in der Lage, die Komplexität und Diversität moderner Gesellschaften zu repräsentieren.

Doch gerade in der Beteiligung der diversen Gesellschaft kann auch ein großer Mehrwert für gute Ergebnisse bzw. Entscheidungen liegen. Epistemische Überlegungen (Landemore, 2020, 2017) gehen davon aus, dass ein demokratischerer, d.h. in diesem Fall inklusiverer (deliberativer) Prozess zu besseren Ergebnissen führt als ein weniger inklusiver Prozess, wie z.B. ein rein auf Expert:innen beschränktes Format. Diesem Argument liegt die pluralistische Annahme zugrunde, dass eine möglichst vielfältige Gruppe und ein inklusiverer (deliberativer) Prozess bessere Ergebnisse erzielen kann als eine streng homogene Gruppe und ein weniger inklusiver Prozess. Inklusion in diesem Sinne bezieht sich eher auf eine Zunahme der Perspektivenvielfalt als auf Fachwissen. Folglich kommt es hierbei nicht nur auf die soziodemographischen Quoten an sich an, sondern auch auf kognitive Fähigkeiten. Kognitive Vielfalt oder Wissen beziehen sich auf unterschiedliche Arten, die Welt zu sehen und zu interpretieren, d.h. es kommt auf verschiedene Perspektiven an – im Gegensatz zu individueller Kompetenz (Landemore, 2020). Bürger:innen verfügen demnach über relevantes Alltagswissen, Erfahrungen und Weltanschauungen, die einen Mehrwert für den Willensbildungs- sowie Entscheidungsfindungsprozess darstellen. Gerade dieses Alltagswissen steht im Gegensatz zu dem eher technischen Fachwissen. Dieses zusätzliche Wissen kann nicht nur dabei helfen zu bewerten, wie und ob Maßnahmen umsetzbar sind, sondern auch, Prozesse sowie Dienstleistungen bedarfsgerecht am Bürger zu entwickeln.

Allerdings ist es nicht so eindeutig, wie manchmal behauptet wird, dass eine vielfältige Gruppe zwangsläufig bessere Entscheidungen trifft als eine homogene Gruppe. Vielmehr hängt die Qualität der Entscheidungen in hohem Maße von der Gruppendynamik und -zusammensetzung ab.

Soziale Akzeptanz

Einer in der Literatur weit verbreiteten Auffassung von Legitimität zufolge, wird die soziale Akzeptanz durch die Legitimitätseinstellungen und -überzeugungen der Menschen bestimmt. Daher gelten Formate der Bürgerbeteiligung als politisch attraktiv, weil sie das Legitimitätsgefühl der Bürger:innen erhöhen. Bei dieser Sichtweise handelt es sich

um einen Aspekt der Legitimität durch soziale Akzeptanz (Weber, 2013; Birnbaum, 2016: 310; Renn, 2021; Newig et al., 2012; Hogl et al., 2012; Vetter et al., 2015, 2022; Geißel, 2009; Kamlage et al., 2018), bei der davon ausgegangen wird, dass das Gefühl der Bürger:innen, gehört zu werden und am politischen Prozess beteiligt zu sein, ihr subjektives Legitimitätsgefühl und Vertrauen in die politische Entscheidungsfindung erhöht. Dabei geht es nicht um die Frage, ob der Entscheidungsfindungsprozess im Rahmen von Bürgerbeteiligungsformaten selbst bestimmten normativen Kriterien (wie Verfahrensgerechtigkeit) genügt oder ob die getroffenen Entscheidungen bestimmte Werte widerspiegeln, sondern lediglich um den Effekt, den die Bürgerbeteiligung auf das subjektive Legitimitätsempfinden der teilnehmenden Bürger, im Idealfall aber auch darüber hinaus, hat. Der Nutzen der Bürgerbeteiligung besteht nach dieser Auffassung in einem erhöhten faktischen Gefühl der politischen Legitimität.

Prozedurales Verständnis von demokratischer Legitimität

Nach einem dritten Verständnis wird eine Entscheidung dadurch demokratisch legitimiert, dass das Verfahren, mit dem die Entscheidung herbeigeführt wurde, den strengen normativen Anforderungen der Demokratietheorie und/oder der Verfahrensgerechtigkeit genügt. Hierbei geht es um die Fragen, wer wie unter welchen Bedingungen Zugang zum Beteiligungsverfahren selbst hat, aber auch, wie sich aufgrund individueller (sozialer) Voraussetzungen beteiligt werden kann (Webler et al., 1995; Renn, 2020, 2021).

Eng verbunden mit diesem eher inhaltlichen Verständnis von prozeduraler demokratischer Legitimität ist die Annahme, dass Bürger:innenbeteiligungsformate, insbesondere deliberative, die demokratische Legitimität erhöhen, weil sie das Ideal der deliberativen Demokratie in die Praxis umsetzen (Dryzek, 2009; Kuyper, 2016). In Anlehnung an das Ideal eines freien und fairen Diskurses, in dem sich die Kraft des besseren Arguments durchsetzt (Habermas, 1981), werden Bürgerbeteiligungsforen als Beitrag zur Erhöhung der demokratischen Legitimität angesehen. Bürger:innenbeteiligung wird hierbei als mögliche Realisierungsform eines Ideals einer fairen und unparteiischen Entscheidungsfindung verstanden (ebd.; Dryzek, 2009; Kamlage et al., 2018). Dieses Verständnis ist eine sehr spezifische Version der prozeduralen Konzeption demokratischer Legitimität, die der Idee verpflichtet ist, dass faire Verfahren aufgrund der positiven Auswirkungen echter Deliberation auch zu umfassend besseren Ergebnissen führen. Es weist viele Ähnlichkeiten mit dem Ideal der demokratischen Legitimität durch bedeutsame Beteiligung auf.

Legitimität durch bedeutsame Beteiligung

Einer vierten Auffassung nach erhöht sich die demokratische Legitimität nicht einfach dadurch, dass ein Beteiligungsformat aufgesetzt wird. Vielmehr ist es notwendig, dass die Beteiligung »bedeutsam« ist. Für Partizipationstheoretiker ist eine bedeutsame direkte Beteiligung ein notwendiges Merkmal eines normativ attraktiven Demokratieideals (Barber, 1984), weil es die Rolle der Gesellschaftsmitglieder als Bürger betont, die die Gesetze und die Politik der Gemeinschaft mitgestalten. Dies bedeutet nicht, dass Beteiligungsformate notwendigerweise die bestehenden repräsentativen Institutionen er-

setzen. Vielmehr sehen viele Befürworter den größten Mehrwert darin, das bestehende System durch Arenen für sinnvolle Beteiligung zu ergänzen.

In der Forschungsliteratur gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was als bedeutsame Beteiligung gelten kann. Auf der Grundlage der vorhandenen Literatur (z. B. Arnstein, 1969; Webler et al., 1995; Setälä, 2021; Smith, 2009) lassen sich vier allgemeine Voraussetzungen für eine bedeutsame Beteiligung identifizieren: a) freie Beratung; b) demokratischer Wissensaustausch und gegenseitige Befähigung; c) tatsächlicher Einfluss auf das Ergebnis/die Entscheidung (d.h. geteilte Autorität); d) das Ergebnis/die Entscheidung des Beteiligungsformats fließt in den weiteren politischen Entscheidungsprozess ein. Diese Liste von Anforderungen überschneidet sich mit einigen der wesentlichen Merkmale eines fairen Verfahrens, die oben beschrieben wurden. Ein Schlüsselaspekt ist, dass die Beratungen im Beteiligungsformat offen sind, dass alternative Visionen formuliert und gefördert werden können, anstatt einer vorher festgelegten Agenda zu folgen. Darüber hinaus können Expert:innen zwar notwendige und nützliche Beiträge liefern, aber entscheidend ist, dass die Teilnehmer:innen sich frei ihre eigene Meinung zu den anstehenden Fragen bilden. Dadurch wird das Wissen auf demokratische Weise geteilt und alle Teilnehmer:innen können so in die Lage versetzt werden, eine gut begründete Entscheidung zu treffen. Die Punkte c) und d) beziehen sich auf die Forderung, dass Bürgerbeteiligung nicht nur konsultativ sein darf. Wenn die Beteiligung bedeutsam sein soll, müssen die Teilnehmer:innen nicht nur die in ihrem jeweiligen Forum getroffenen Entscheidungen kontrollieren können, sondern auch wissen, dass ihre Ansichten und Entscheidungen in den breiteren politischen Entscheidungsprozess einfließen werden, entweder weil sie verbindlich sind oder weil über sie diskutiert und abgestimmt werden muss. Natürlich gilt es in diesem Zusammenhang auch zu diskutieren, was unter dieser Verbindlichkeit verstanden wird. Ein Beispiel für eine solche Verbindlichkeit sind z. B. Quoren, dass Empfehlungen, die mit einer vorher festgelegten Mehrheit (z. B. 75 % oder 90 %) beschlossen werden, von der Politik aufgenommen werden (was nicht zwangsläufig gleich deren Umsetzung bedeutet). Eine andere Möglichkeit ist, über den Entscheidungsfindungsprozess hinaus, nachzuverfolgen, wie, warum (oder warum nicht) bestimmte Empfehlungen übernommen werden. Doch auch wenn das Verständnis von Verbindlichkeit im Kontext von Beteiligungsformaten umstritten bleibt, ist es wichtig, dass eine dem Anschein nach willkürliche politische Handhabung der Empfehlungen aus den Beteiligungsformaten vermieden wird.

Zusammenfassend lässt sich für das Ziel der Erhöhung der demokratischen Legitimität durch Bürgerbeteiligung festhalten, dass es nur unter bestimmten Bedingungen erreicht werden kann. Inklusion kann zwar durch gezielte Auswahlverfahren erhöht werden. Problematisch bleiben aber, im Hinblick auf das Ideal einer ›besseren‹ und bürger-näheren Repräsentation, die relativ geringe Teilnehmerzahl von Beteiligungsformaten und die Selektionsquoten. Zwar bieten Bürgerbeteiligungsformate in der Regel die Möglichkeit, ungleiche Voraussetzungen durch die direkte Ansprache bestimmter Gruppen zu kompensieren (z. B. durch stärker intersektionale Auswahlkriterien), doch bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass diese Gruppen auch tatsächlich erreicht werden und auch teilnehmen können und wollen. Auch häufig erwartete Multiplikatoreffekte (Vetter et al., 2015) sind bezogen auf die gesamte Gesellschaft eher unwahrscheinlich. Zudem besteht insbesondere bei Top-Down-Formaten die Gefahr, dass Regierungen, aber auch

Organisatoren im Allgemeinen, versuchen, unter dem Deckmantel der Bürgerbeteiligung Akzeptanz für ihre bereits erarbeiteten Entscheidungen und Maßnahmen zu erlangen oder ihre Lösungen den Bürger:innen gut zu verkaufen. Dieses instrumentelle Verständnis ist problematisch, da Bürgerbeteiligung so schnell zu Scheinpartizipation oder Manipulation führen kann. Statt echter Beteiligung können so unliebsame politische Entscheidungen durchgesetzt werden. Dies kann z.B. durch ein entsprechendes Framing von Lösungen, eine einseitige Auswahl von Expert:innen oder »Cherry-Picking« (Setälä, 2021: 4; Font et al., 2017) d.h. eine selektive Übernahme von Empfehlungen, der Fall sein.

Hinsichtlich des prozeduralen Verständnisses von Verfahrensfairness bei Bürgerbeteiligung bleibt es erstens problematisch, dass viele Teilnehmer:innen möglicherweise nicht über die gleichen Voraussetzungen und somit nicht den gleichen Zugang zu Informationen oder die gleiche epistemische Autorität verfügen. Dies kann die Teilnehmer:innen stark beeinträchtigen und die Fairness des Verfahrens untergraben. Zweitens kann, insbesondere im Kontext von Bürgerversammlungen und Mini-Publics, die Auswahl der Beiträge und Expert:innen das Ergebnis der Beratungen erheblich beeinflussen. Wie oben erläutert, besteht dann die Gefahr von Scheinpartizipation. Das Problem der unzureichenden Mechanismen zur transparenten Einbeziehung von Bürger:innenbeteiligungsergebnissen und -empfehlungen in den repräsentativen Entscheidungsprozess stellt die Rolle einer bedeutsamen Beteiligung im gesamten Prozess infrage. Da oft unklar ist, ob, wann und wie die Ergebnisse von den Entscheidungsträgern verarbeitet werden, können Bürgerbeteiligungsprozesse ohne klares Erwartungsmanagement hinsichtlich der Auswirkungen von Prozessergebnissen leicht zu (mehr) politischer Frustration und folglich zu einer größeren (wahrgenommenen) Illegitimität der politischen Entscheidungsfindung führen. Damit würde die Bürger:innenbeteiligung das Gegenteil von dem erreichen, was sie eigentlich bezweckt.

Um Scheinpartizipation zu vermeiden, sollte deshalb idealerweise ein unabhängiger, interessenfreier Akteur für die Organisation des Beteiligungsformats gefunden werden, fernab von Partikular- oder Staatsinteressen. Das bedeutet, dass die jeweilige Regierung oder Verwaltung (oder ggf. die initiiierende Bürger:innenbewegung) weder in der Vorbereitungsphase (z.B. bei der Auswahl der Expert:innen) noch bei der eigentlichen Durchführung und Moderation des Beteiligungsprozesses in enger Abstimmung mit den beauftragten unabhängigen Organisator:innen stehen sollte, um eine einseitige Einflussnahme auf die Prozessgestaltung zu vermeiden. Ein Gewinn an demokratischer Legitimation kann nur dann eintreten, wenn die Regierung die Kontrolle abgibt, um eine wirklich unabhängige Konsultation zu ermöglichen.⁵ Im Hinblick auf unterschiedliche Rahmenbedingungen, soziale Statushierarchien und mögliche epistemische Verzerrungen sollten die Organisator:innen zudem sorgfältig überlegen, wie sie die Prozesse gestalten, um alle Betroffenen in relevanter Weise einzubeziehen und sicherzustellen, dass jeder Beitrag und jedes Interesse ein faires Gehör finden. Nur wenn diese substanziellen

5 Gleiches gilt natürlich auch für alle Organisationen und Stakeholder außerhalb der Regierung, die ein Interesse am Ausgang des Beteiligungsprozesses haben. Generell gilt, dass eine unabhängige und neutrale Organisation von Beteiligungsformaten gegeben sein sollte.

Bedingungen erfüllt sind, kann man von einer Bürgerbeteiligung zur Förderung einer inhaltlich fairen demokratischen Entscheidungsfindung sprechen.

Für die Gestaltung von Beteiligungsformaten, die demokratische Legitimität tatsächlich erhöhen, sind vor allem die Aspekte der bedeutsamen Beteiligung und inhaltlich fairer Verfahren relevant. Formale Beteiligung allein ist nicht ausreichend. Vielmehr sollten Beteiligungsformate ergebnisoffen sein. Das bedeutet, dass keine vorgefertigten Maßnahmen in den Prozess eingebracht werden dürfen. Gleichzeitig müssen die Ergebnisse tatsächlich Einfluss auf die Politik haben. Die Entscheidungsträger:innen sollten sich verbindlich mit den Ergebnissen auseinandersetzen müssen – in welcher Form auch immer. Nur dies kann der Gefahr einer Scheinbeteiligung entgegenwirken. Auch wenn die Erhöhung der demokratischen Legitimation einer der Kernwerte der Bürgerbeteiligung ist, gilt jedoch kritisch zu reflektieren, dass wirksame Bürgerbeteiligung mit einer Machtverschiebung einhergehen kann. Hier stellt sich die Frage, ob eine kleine, nicht gewählte Bürgerversammlung, die verbindliche Entscheidungen trifft, wirklich demokratischer ist als gewählte Repräsentant:innen. Problematisch ist auch die Perspektive der Legitimität durch soziale Akzeptanz, da die Gefahr der Manipulation und Scheinpartizipation besteht. Um das Ziel zu erreichen, die demokratische Legitimität zu erhöhen, ist es deshalb wichtig, Beteiligung bedeutsam und ergebnisoffen zu gestalten und sinnvoll in bestehende demokratische Verfahren einzubinden.

Bürgerbeteiligung und Effektivität

Im Folgenden soll das Ziel der höheren Effektivität durch Bürgerbeteiligung näher betrachtet werden. Dabei geht es primär um Effektivität hinsichtlich besserer politischer Entscheidungen. Dieses Ziel wird häufig genannt, aber nur selten definiert. Hier werden drei Verwendungsweisen des Begriffs unterschieden: Erstens, instrumentelle Effektivität durch die Bereitstellung eines funktionierenden Problemlösungsmechanismus in Form der Bürgerbeteiligung. Zweitens, eine besseren Responsivität durch Offenlegung von Interessen und, drittens, Effektivität durch Akzeptanz.

Instrumentelle Perspektive von Effektivität

Eine der häufigsten Aussagen zu Bürgerbeteiligung mit Blick auf Effektivität ist, dass sie zu besseren politischen Endergebnissen führt (Renn, 2020; Newig et al., 2012, 2020; Dryzek & Niemayer, 2019; Estlund, 2008; Geißel 2008). Dabei wird Bürgerbeteiligung als eine objektive Leistung im Sinne eines Mittels zur erfolgreichen Problemlösung verstanden. Das bedeutet aber auch, dass für eine effektive Bürgerbeteiligung ein zu lösendes Problem oder ein konkretes Ziel identifiziert werden muss. Bei diesem Verständnis von Effektivität handelt es sich um eine instrumentelle Bewertung der Bürgerbeteiligung, da diese nicht an sich als gut angesehen wird, sondern weil sie als zuverlässiger Problemlösungsmechanismus funktioniert. Diese instrumentelle Argumentation bedeutet auch, dass es keinen Grund gibt, die Bürgerbeteiligung beizubehalten, wenn sie nicht zu besseren Ergebnissen führt. Mitunter wird dabei als selbstverständlich vorausgesetzt, was

ein gutes oder effektives Ergebnis ist. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Klimapolitik.

Im Kontext der Klimapolitik wird unter guten Ergebnissen in der Regel die Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen verstanden, die den CO₂-Ausstoß reduzieren. Neben solchen Maßnahmen werden in Beteiligungsformaten auch Anpassungsmaßnahmen diskutiert, wobei in der Regel davon ausgegangen wird, dass eine gute Anpassung die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken verringert und zugleich den Wohlstand bewahrt.⁶ Weil trotz des wissenschaftlichen Konsenses über die Notwendigkeit einer umfassenden Klimapolitik die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen der Regierungen sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene noch weit vom Pariser 1,5-Grad-Ziel entfernt sind, wird viel Vertrauen in Bürgerbeteiligung gesetzt, um »bessere« Ergebnisse zu erzielen. Diese Perspektive impliziert jedoch, dass es bei der Beteiligung der Öffentlichkeit weniger um die Aushandlung von Interessen oder die Ermittlung des besten Arguments geht, weil das Endziel des Prozesses bereits feststeht (= Klimaschutz und CO₂-Reduktion) und dass die Bürgerinnen und Bürger nur noch anhören sollen, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Das Wissen hierzu wird oft in Form von wissenschaftlichen Beiträgen in den Prozess eingespeist, in der Annahme, dass die Bürger:innen dann aufgeklärte und effektive politische Entscheidungen jenseits des engen Eigeninteresses treffen werden. An dieser Stelle stehen auch die Konzepte Legitimität und Effektivität in einem Spannungsverhältnis. Je enger der vorgegebene Rahmen von Beteiligung ist, ggf. auch um funktionierende Maßnahmen sicherzustellen oder um gesetzte politische Ziele nicht zu gefährden, desto größer auch die Gefahr von Scheinpartizipation oder »Cherry-picking«.

Effektivität durch Offenlegung von Bürgerpräferenzen⁷

In gewisser Weise damit verbunden ist das zweite Verständnis von Effektivität, das auf die vermeintliche Steigerung der politischen Responsivität durch Bürgerbeteiligung rekurriert, die es ermöglicht, verschiedene machbare politische Optionen zu ermitteln. Wenn über Effektivität im Sinne von Leistung und guten Ergebnissen gesprochen wird, ist eine wichtige Frage, wer über das relevante Wissen und die Ressourcen verfügt, um effektive Lösungen zu finden, aber noch mehr, welches Wissen relevant ist. Eine weitere wichtige Prämisse in der Literatur zur Bürgerbeteiligung, dass »normale« Menschen aus ihrer Position als Bürger:innen heraus Ergebnisse produzieren, die genauso gut, wenn nicht sogar besser sind als die der Expert:innen und Eliten (Fiorino, 1990: 227; Renn, 2020: 128). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Menschen ihre Interessen am besten einschätzen und sich die politischen Fähigkeiten aneignen können, die sie für eine

6 Bei dieser Aussage handelt es sich um das aktuelle Narrativ von Adaption, vorwiegend des im Vergleich weniger stark betroffenen (aber immer noch ausreichend bedrohten) Globalen Nordens. Gleichzeitig muss aber klar bleiben, dass bei zu wenig Mitigation, Klimaverhältnisse entstehen, an die es sich nur sehr schwer bis gar nicht anpassen lässt.

7 Einige der Argumente wurden bereits im Abschnitt zu demokratischer Legitimität erörtert. Es ist nicht immer eindeutig zu unterscheiden, ob eine Theorie von Effektivität im Sinne von Repräsentation und Reaktionsfähigkeit spricht oder ob der eigentliche Schwerpunkt auf der demokratischen Legitimität liegt.

Beteiligung an der Entscheidungsfindung benötigen (Fiorino, 1990; Geißel 2008; Vetter et al. 2015; Renn, 2020). Das Erfahrungswissen von betroffenen Bürger:innen oder das indigene Wissen vor Ort kann für viele Entscheidungsprobleme von besonderer Bedeutung sein. Die von diesen Gruppen eingebrachten Werte und Perspektiven sind Teil des Aushandlungsprozesses und haben somit einen entscheidenden Einfluss auf die Qualität des Diskurses. Diese nicht-wissenschaftlichen Quellen von relevantem Wissen und Werten können eine wichtige Bereicherung und mitunter auch eine Korrektur des Expert:innenwissens darstellen (Fiorino, 1990: 228; Renn, 2020: 128). Dies ist ein Punkt, der sich auf die Diskussion der epistemischen Legitimität bezieht. Diese Berücksichtigung des Wissens von Bürger:innen und ihrer jeweiligen Interessen und Präferenzen ist ein wichtiger Ausgleichsfaktor, um durch einen fairen Aushandlungsprozess zu einer gerechten Verteilung der Kosten und zu effektiven politischen Maßnahmen zu gelangen (Webler, 1995; Renn, 2020).

Hieraus werden zwei Annahmen über Bürger:innenbeteiligung, die der instrumentellen Perspektive zu Grunde liegen, deutlich: Erstens wird ein Interessenpluralismus von Bürger:innen weniger beachtet. Die potenziell unterschiedlichen Einstellungen der Bürger:innen spielen zumindest keine zentrale Rolle bei der Lösung gesellschaftspolitischer Probleme. Zweitens wird suggeriert, dass es sich bei Themen der Bürger:innenbeteiligung wie z.B. der Klimakrise um ein objektives Problem mit klarer Lösung handelt, d.h. es gibt von vornherein eine eindeutige Antwort auf die Frage, wie die Krise zu lösen ist (z.B. mittels CO₂-Minderung durch Umstellung des Verkehrs). Mit anderen Worten: Bei dem Teilnehmungsformat geht es oft nicht um Verhandlung und Abwägung, sondern darum, dass die Bürger:innen die beste Lösung als richtig anerkennen. Wenn Bürger:innenbeteiligung aber nur als Instrument für effektivere politische Maßnahmen gesehen wird, dann rücken die inhaltlichen Verfahrens- und Beteiligungskriterien für Öffentlichkeitsbeteiligung in den Hintergrund. Die Gefahr, die hierin liegt, ist, dass Bürger:innenbeteiligungsverfahren nur dazu genutzt werden, bereits vorhandene Ziele durchzusetzen. Es bleibt auch fraglich, inwieweit die Ergebnisse qualitativ besser sind, wenn das Wissen oder die Lösung bereits im Voraus bekannt sind. Auch lässt sich aus einer rein instrumentellen Perspektive nicht sagen, ob Maßnahmen gerechter sind oder ob sie überhaupt normativen Ansprüchen genügen. Wenn überhaupt, müssten diese normativen Standards vorher als Ziel formuliert werden, wobei sich die Frage stellt, wer definiert, was als gut, fair, gerecht und wünschenswert gilt.

Effektivität durch Akzeptanz

Darüber hinaus ermöglicht die Einbeziehung der Interessen der betroffenen Bürger:innen in den politischen Entscheidungsprozess die Identifizierung derjenigen Optionen, die überhaupt politisch durchführbar sind, d.h. die eine Chance haben, von der Bevölkerung (die gleichzeitig die Wählerschaft ist) akzeptiert⁸ und weiterverfolgt zu werden. Machbarkeit bezieht sich häufig auf eine subjektive Einschätzung der Kosten, die man bereit ist zu tragen. Anders ausgedrückt, geht es bei diesem Verständnis von Effektivität

8 Hier gibt es Überschneidungen bzgl. der Argumente zu Legitimität durch Akzeptanz.

nicht vorrangig um ein besseres Ergebnis, sondern in erster Linie um ein besseres Feedback zu Entscheidungen und darum, herauszufinden, was die Menschen für machbar halten.

Ein weiterer Aspekt, der häufig als Vorteil von Bürger:innenbeteiligung genannt wird, ist die (politische) Bildung durch Bürger:innenbeteiligung, insbesondere wenn sie als aktives Engagement für die Sache oder als spezifische Form der sozialen Akzeptanz verstanden wird. Die These, die dieser Perspektive zugrunde liegt, ist, dass die Bürger:innen Entscheidungen, die sie selbst getroffen haben, eher unterstützen und im Idealfall auch umsetzen (vgl. Ostrom, 1990). Soziale Akzeptanz verstanden als aktive Beteiligung bedeutet, dass a) die Maßnahmen befürwortet werden und b) die Bürger:innen aktiv werden und die Maßnahmen in ihr eigenes Lebensumfeld übertragen und umsetzen (Renn, 2020: 128; Vetter, 2020). Dies gilt umso mehr für deliberative Prozesse, bei denen das aktive Engagement und die Beteiligung der Teilnehmer im Vordergrund stehen. Einerseits kann das Verfahren der Deliberation prozessorientierte, demokratische Werte vermitteln (Vetter et al., 2015; Vetter, 2020; Geißel, 2008). Andererseits geht es auch um die kontinuierliche Bildung und Information der Teilnehmenden, die im Idealfall zu mehr Verständnis und Identifikation mit den Ergebnissen aus den Beteiligungsformaten führt (Newig et al., 2020: 329; Fiorino, 1990; Renn, 2020, 2021).

Zusammenfassend liegt aus einer instrumentellen Perspektive der Fokus der Bürger:innenbeteiligung eindeutig auf der Verbesserung der Problemlösung und der Erzielung ›besserer‹ politischer Ergebnisse – vorausgesetzt, es ist klar, was ›besser‹ bedeutet. Die Vorstellung, durch Bürger:innenbeteiligung eine effektive politische Entscheidungsfindung im Sinne der Erzielung ›guter‹ Ergebnisse zu erreichen, ist jedoch in entscheidender Weise zu vereinfachend, da sie davon ausgeht, dass Wertkonflikte bei der Diskussion keine oder nur eine geringe Rolle bei der Entscheidungsfindung der Bürger:innen spielen. Hier sollte stärker zwischen ›einfachen‹, häufig technischen (im Sinne von naturwissenschaftlichen), Lösungen und der gesellschaftspolitischen Dimension unterschieden werden. Die gesellschaftspolitische Dimension umfasst dabei Verteilungsfragen und Zieldiskussionen, deren Aushandlung stärker im Vordergrund stehen sollte als die Bewertung und Akzeptanz von Maßnahmen. Zudem sollte Effektivität durch akzeptanzschaffende und bildende Beteiligung kein primäres Ziel von Bürger:innenbeteiligung, angebunden an den politischen Entscheidungsfindungsprozess, sein, da der Beteiligungsaspekt nicht notwendig ist (s. auch Newig et al., 2012: 543), um diese Ziele zu erreichen. Andere Formate, z.B. Nachbarschafts- oder Gemeinschaftsprojekte, könnten mehr Bürger:innen erreichen und vor allem durch eine längerfristige Begleitung und Gestaltung des Formats zu einer stärkeren Identifikation führen, ohne zulasten der demokratischen Legitimität zu gehen.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Bürger:innenbeteiligung sowohl hinsichtlich der politischen Legitimität als auch Effektivität einiges erreichen kann, aber nicht alles auf einmal. Zunächst einmal bedarf jede politische Entscheidung in demokratischen Systemen der demokratischen Legitimation. Daher ist das Ziel, die demokratische

Legitimität zu erhöhen und damit auch das demokratische System durch mehr Bürger:innenbeteiligung zu stärken, gerade in Zeiten einer »Repräsentationskrise« und angesichts von Polarisierungen und wachsenden Unsicherheiten wichtig. Normativ geht es bei der Sicherstellung der Legitimität politischer Entscheidungen darum, dass die Formate auf der Inputseite sinnvoll und relevant, d.h. unabhängig und ergebnisoffen sind, und unter verbindlicher Einbeziehung der Entscheidungsträger durchgeführt werden. Aber auch wirksame Maßnahmen bleiben in Krisenzeiten relevant, um Probleme erfolgreich zu lösen. Diese »technischen« Lösungen sollten aber nicht Aushandlungsbasis von Beteiligungsprozessen sein. In Bezug auf den Wert der Effektivität ist ein pluralistischeres und gesellschaftspolitisches Verständnis besonders relevant. Das bedeutet, dass Beteiligungsformate statt oder ergänzend zu einer Maßnahmendebatte um eine Diskussion gesellschaftspolitischer Dimensionen (z.B. Verteilungsproblematiken und Wertkonflikte) ergänzt werden sollten.

Gleichzeitig konnte gezeigt werden, warum der in der Literatur häufig angeführte Verweis auf soziale Akzeptanz problematisch ist und diese kein alleiniges Ziel von Bürger:innenbeteiligung darstellen sollte. Dies bedeutet nicht, dass soziale Akzeptanz als Wert generell zu vernachlässigen ist, da sie durchaus Polarisierungen reduzieren (Dryzek et al., 2019) und somit eine effektive und schnelle Umsetzung von Maßnahmen befördern kann. Allerdings ist dies wiederum mit Einbußen beim Ziel der Erhöhung der demokratischen Legitimation verbunden.

Letztlich befinden sich die Ziele der Effektivität und der Legitimität in einem Spannungsverhältnis zueinander. Auch wenn effektive Politikergebnisse vor dem Hintergrund voranschreitender Herausforderungen wie z.B. der Klimakrise kurz- und mittelfristig attraktiv erscheinen, können diese nicht durch Beteiligungsformate per se hergestellt werden, ohne zentrale demokratische Prinzipien zu ignorieren. Langfristig ist es insbesondere in Krisenzeiten für demokratische Gesellschaften wichtig, demokratische Prozesse sowie Legitimität zu erhalten. Deshalb können weder Effektivität noch soziale Akzeptanz das alleinige Ziel von Bürger:innenbeteiligung sein, auch wenn es auf den ersten Blick von der Dringlichkeit mancher politischen Probleme her verlockend erscheinen mag. Darüber hinaus müssen Bürger:innenbeteiligungsformate gerade in Zeiten von zunehmendem Populismus und schwindendem Vertrauen in demokratische Institutionen so gestaltet werden, dass Beteiligung bedeutsam und ergebnisoffen ist, um »echte« demokratisch legitimierte Entscheidungen zu treffen.

Literatur

- Arnstein, S. R. (1969). A ladder of citizen participation. *Journal of the American Institute of planners*, 35(4), 216–224.
- Barber, B. R. (1984). *Strong democracy: Participatory politics for a new age*. Berkeley, California: University of California Press.
- Benson, J. (2021). The epistemic value of deliberative democracy: how far can diversity take us? *Synthese*, 199(3–4), 8257–8279. <https://doi.org/10.1007/s11229-021-03161-0>

- Birnbaum, S. (2016). Environmental Co-governance, Legitimacy, and the Quest for Compliance: When and Why Is Stakeholder Participation Desirable? *Journal of Environmental Policy & Planning*, 18(3), 306–323. <https://doi.org/10.1080/1523908X.2015.1077440>
- Convention Citoyenne pour le Climat. (18. September 2023). *La Convention Citoyenne pour le Climat, c'est quoi?* <https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/> [Letzter Zugriff: 07.11.2024].
- Decker, F. (2021). Bürgerräte-Abhilfe gegen die Repräsentationskrise oder demokratiepolitisches Feigenblatt?. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 52(1), 125–140.
- Della Porta, D. (2016). *Can Democracy Be Saved? Participation, Deliberation and Social Movements*. Cambridge: Polity.
- Deutscher Bundestag (18. September 2023). *Parlament. Bürgerräte*. <https://www.bundestag.de/buergerraete> [Letzter Zugriff: 07.11.2024].
- Dryzek, J. S. (2009). *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, critics, contestations*. Oxford: Oxford University Press.
- Dryzek, J. S., Bächtiger, A., Chambers, S., Cohen, J., Druckman, J. N., Felicetti, A., Fishkin, J., Farrell, D. M., Fung A. [...], & Warren, M. E. (2019). The crisis of democracy and the science of deliberation. *Science*, 363(6432), 1144–1146.
- Dryzek, J. S., & Niemeyer, S. (2019). Deliberative democracy and climate governance. *Nature human behaviour*, 3(5), 411–413. <https://doi.org/10.1038/s41562-019-0591-9>
- Elstub, S. (2018). Deliberative and participatory democracy. In Bächtiger, A., Dryzek, J. S., Mansbridge, J., & Warren, M. E. (Hg.), *The Oxford handbook of deliberative democracy* (S. 187–202). Oxford: University Press.
- Elstub, S., & Escobar O. (2019). Defining and typologising democratic innovations. In Elstub, S., & Escobar, O. (Hg.), *Handbook of democratic innovation and governance*. (S. 11–31). Cheltenham, UK, Northampton, Massachusetts: Edward Elgar Publishing.
- Estlund, D. M. (2009). *Democratic authority: A philosophical framework*. Princeton, NJ : Princeton Univ. Press.
- Fiorino, D. J. (1990). Citizen Participation and Environmental Risk: A Survey of Institutional Mechanisms. *Science, Technology, & Human Values*, 15(2), 226–243. <https://doi.org/10.1177/016224399001500204>
- Fishkin, J. (2009). *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford: Oxford University Press.
- Font, J., Smith, G., Galais, C., & Alarcon, P. A. U. (2017). Cherry-picking participation: Explaining the fate of proposals from participatory processes. *European Journal of Political Research*, 57(3), 615–636.
- Fung, A. (2015) Putting the public back into governance: The challenges of citizen participation and its future. *Public administration review*, 75(4), 513–52.
- Fung, A. (2006). Varieties of participation in complex governance. *Public administration review*, 66, 66–75. <https://doi.org/10.1111/j.1540-6210.2006.00667.x>
- Geißel, B. (2008). Wozu Demokratisierung der Demokratie? Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In Vetter, A. (Hg.), *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerpolitik*. (S. 29–48). Wiesbaden: Springer VS.
- Geißel, B. (2009). Participatory governance: Hope or danger for democracy? A case study of local agenda 21. *Local Government Studies* 35(4), 401–414.

- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2. Bde., Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Hogl, K., Kvarda, E., Nordbeck, R., & Pregernig, M. (2012). Legitimacy and effectiveness of environmental governance – concepts and perspectives. In Hogl, K., Kvarda, E., Nordbeck, R., & Pregernig, M. (Hg.), *Environmental Governance. The Challenge of Legitimacy and Effectiveness* (S. 1–28). Cheltenham, UK, Northampton, Massachusetts: Edward Elgar Publishing.
- Kamlage, J.-H., Richter, I., & Nanz, P. (2018). An den Grenzen der Bürgerbeteiligung: Informelle dialogorientierte Bürgerbeteiligung im Netzausbau der Energiewende. In Holstenkamp, L. & Radtke, J. (Hg.), *Handbuch Energiewende und Partizipation*. (S. 627–642). Wiesbaden: Springer VS.
- Kuyper, J. W. (2016). Systemic Representation: Democracy, Deliberation, and Nonelectoral Representatives. *American Political Science Review*, 110(2), 308–324. <https://doi.org/10.1017/S0003055416000095>
- Lafont, C. (2015). Deliberation, Participation, and Democratic Legitimacy: Should Deliberative Mini-publics Shape Public Policy?. *Journal of Political Philosophy*, 23(1), 40–63. <https://doi.org/10.1111/joP.12031>
- Landemore, H. (2020). *Open democracy: Reinventing popular rule for the twenty-first century*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Landemore, H. (2017). Beyond the Fact of Disagreement? The Epistemic Turn in Deliberative Democracy. *Social Epistemology*, 31(3), 277–295. <https://doi.org/10.1080/02691728.2017.1317868>
- Nanz, P., & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung: Bd. 1200. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Newig, Jens, Jager, N. W., & Challies, E. (2012). Führt Bürgerbeteiligung in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen zu mehr Effektivität und Legitimität? Erste Ergebnisse einer Metaanalyse von 71 wasserpolitischen Fallstudien. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22(4): 527–564.
- Newig, J., Challies, E., & Jager, N. W. (2020). Democratic innovation and environmental governance. In S. Elstub & O. Escobar (Hg.), *Handbook of democratic innovation and governance* (S. 324–338). Cheltenham, UK, Northampton, Massachusetts: Edward Elgar Publishing.
- Ostrom, E. (1999). Coping with tragedies of the commons. *Annual Review of Political Science*, 2(1), 493–535. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.2.1.493>
- Pateman, C. (2012). Participatory Democracy Revisited. *Perspectives on Politics*, 10(1), 7–19. <https://doi.org/10.1017/S1537592711004877>
- Renn, O. (2020). Bürgerbeteiligung in der Klimapolitik: *Erfahrungen, Grenzen und Aussichten*. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(1), 125–139. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0011>
- Renn, O. (2021). Die gesellschaftliche Resonanz auf den Klimaschutz: Von der Akzeptanz zur bürgerschaftlichen Mitwirkung. In Daniela Winkler (Hg.), *Klimawandel-Klimakrise-Klimakollaps* (S. 83–111). Stuttgart: Kohlhammer.
- Schäfer, A., & Zürn, M. (2021). *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

- Setälä, M. (2021). Advisory, Collaborative and Scrutinizing Roles of Deliberative Mini-Publics. *Frontiers in Political Science*, 2, Artikel 591844. <https://doi.org/10.3389/fpos.2020.591844>
- Smith, G. (2009). *Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation*. New York: Cambridge University Press.
- Sorrentino, M., Sicilia, M., & Howlett, M. (2018). Understanding co-production as a new public governance tool. *Policy and Society*, 37(3), 277–293. <https://doi.org/10.1080/14494035.2018.1521676>
- Vetter, A. (2022). Regieren und dialogische Bürgerbeteiligung. In Korte, K. R., & Florack, M. (Hg.) *Handbuch Regierungsforschung* (S. 511–520). Wiesbaden: Springer VS.
- Vetter, A., Geyer, S., & Eith, U. (2015). Die wahrgenommenen Wirkungen von Bürgerbeteiligung. In Baden-Württemberg Stiftung (Hg.) *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014*. Wiesbaden: Springer VS.
- Weber, M. (2013). *Max Weber-Gesamtausgabe*. Band I/23: *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie*. Unvollendet. 1919–1920. Tübingen: JCB Mohr (P. Siebeck).
- Webler, T. (1995). »Right« Discourse in Citizen Participation: An Evaluative Yardstick. In: Renn, O., Webler, T. and Wiedemann, P. (Hg.), *Fairness and Competence in Citizen Participation. Evaluating Models for Environmental Discourse* (S. 35–86). Dordrecht: Springer Netherlands.
- Wüstenhagen, R., Wolsink, M., & Bürer, M. J. (2007). Social acceptance of renewable energy innovation: An introduction to the concept. *Energy policy*, 35(5), 2683–2691.

